

Deutschland im Herbst

Probleme, wohin das Auge blickt

Thema Nummer eins in Deutschland und dem Rest Europas bildet gegenwärtig die „Flüchtlingskrise“. Ein anderes schwerwiegendes Problem droht darüber völlig übersehen zu werden: Wenn die wichtigste Wirtschaftslokomotive der Alten Welt, Deutschland, dramatisch an Fahrt verliert, bleibt das für den Rest Europas nicht ohne Folgen. Die aktuelle Prognose des Global Economic Forecast Institute mit Sitz in Zürich, verheißt nichts Gutes. Am 13. Oktober schreibt das Institut:

„Wirtschaftsführungskräfte in aller Welt sind nach wie vor pessimistisch hinsichtlich des Geschäftsklimas in ihren Heimatländern.“

Die Fachleute sehen derzeit – weltweit – keine Anzeichen für einen Wirtschaftsaufschwung. Konkret auf Deutschland bezogen heißt es: *„Sowohl die Bewertung der aktuellen Situation als auch der Blick auf die zukünftige Entwicklung machen dem Business Monitor zu schaffen. Die Einschätzung der Lage bewegt sich zum siebten Mal in Folge nach unten. Seit Februar hat dieser Index 5,5 Punkte verloren und liegt nun bei 88,4 – das ist der niedrigste Wert seit Dezember 2013.“*

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem ganzen Bündel widriger Umstände konfrontiert. Allen voran: Die leidige „Energiewende“, die energieintensiven Industrien hohe Kosten aufhalsst. Der haarsträubende Fehler, auf einen am anderen Ende der Welt erlebten Tsunami mit dem Umstieg auf eine kostspielige, umweltzerstörende und unzuverlässige Energiegewinnungstechnologie zu setzen, wird Deutschland noch lange in Atem halten. Sämtliche Wettbewerber in Übersee, aber auch die in anderen Ländern Europas, können elektrischen Strom zu wesentlich besseren Konditionen einkaufen, als deutsche Betriebe. Käme es durch die zunehmende, ungleichmäßige Einspeisung von Windkraft und die dadurch bedingte Netzinstabilität zu „Blackouts“ (wovon Fachleute bereits seit Jahren warnen), würde das dem Standort zusätzlich schaden. Die Umsetzung radikaler Forderungen grüner Weltverbesserer durch die Regierung der von den falschen Ratgebern umzingelten Kanzlerin, hat eben ihren Preis.

Alles andere als hilfreich ist auch der – offensichtlich massiv aufgebauchte – durch manipulierte Abgasmesswerte verursachte „VW-Skandal“. Gegenwärtig sind die dadurch auf das Unternehmen zukommenden Kosten durch Nachbesserungsarbeiten und Schadenersatzforderungen, noch gar nicht abzusehen. Es wird sich um viele Milliarden Euro handeln, die auch ein prosperierender Riesenbetrieb nicht einfach aus der Portokasse bezahlt. Da sich VW – teilweise – noch immer in Staatsbesitz befindet, ist jedenfalls damit zu rechnen, dass der deutsche Steuerzahler von dem Debakel nicht unbehelligt bleiben wird. Das wird insbesondere die Kunden anderer Automarken freuen. Zudem wird, soviel ist sicher, der bislang hell strahlenden Marke „*Made in Germany*“, dadurch geschadet – gleich um welche Branche es geht.

Mit Automobilen hat auch das nächste Problem der deutschen Exportwirtschaft zu tun: Es handelt sich um den offenbar zu Ende gehenden Boom in China. Der Höhenflug der Wirtschaft dieses wichtigen Abnehmers war und ist, wie sich eben herausstellt, Großteils durch eine gewaltige Kreditexpansion, nicht aber durch zuvor gebildete Rücklagen (auf Konsumverzicht beruhende Ersparnisse) angeschoben. Eine derart künstlich erzeugte Konjunktur ist niemals nachhaltig und endet regelmäßig und lehrbuchhaft mit einer Rezession. In China könnte es jetzt soweit sein, was die Nachfrage nach deutscher Technik (aber nicht nur danach) natürlich kräftig abschwächen dürfte.

Schließlich bedeutet auch die fälschlich als „Flüchtlingswelle“ bezeichnete *Völkerwanderung* nichts Gutes für das Land. Allein die durch die Versorgung der für den Arbeitsmarkt Großteils unbrauchbaren Immigranten entstehenden Kosten, sind gewaltig. Es geht hier schlicht um Geld, das anderswo fehlt. Schlimmer aber noch, wird die sich abzeichnende *Rechtsunsicherheit* das Land treffen. Lautes Nachdenken über die Beschlagnahme privaten Eigentums, wie in links regierten Bundesländern da und dort bereits geschehen, ist pures Gift für einen Wirtschaftsstandort. Wer die Unantastbarkeit des Privateigentums zur Disposition stellt, macht sich daran, endgültig die Basis des deutschen Erfolgsmodells zu zerstören...

a.toegel@atomed.at